

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt 1. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Seitensetzung täglich und zweimal wöchentlich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Ausgabezeit: 1 Uhr 50 Min., ohne Werbung, 10 Pf. abweichen. Auflage 100000. Ver-
gänglichkeit: Sonntagsblatt u. Zeitungsbüro, Chemnitz. Herausgeber: Dr. v. Stengel.
Schriftleiter: Dr. v. Stengel; Redakteur: 11 - 12 Uhr.

Unterstützt werden die sozialen Beziehungen oder deren Neuanfang mit
15 Pf. bestimmt bei Übernahme bestehender Rabatte.
Gebührenfrei, Subskription auf Geschäftssachen in Dresden.
Wiederholung: 10 Pf. Vergrößerung: 10 Pf.

r. Die englischen Neuwahlen.

Sir Campbell-Bannerman zog bereits am 8. Januar die Konsequenz aus seiner am 11. Dezember 1905 erfolgten Übernahme der Regierung; er löste das Unterhaus auf und ordnete allgemeine Neuwahlen an, die schon in der nächsten und übernächsten Woche stattfinden werden, doch dürfte erst gegen Ende des Monats das Resultat sich genau feststellen lassen. Allgemein rechnet man mit dem Sieg der Liberalen und ihrer Freunde. Die Konservativen also, die seit 20 Jahren das Land beherrschten, werden eine höchst empfindliche Niederlage erleiden, die wohl verdiente Ernte der 20-jährigen Saat. Ganz England, darf man fast sagen, hat das Regiment der Konservativen fort. Auf der anderen Seite steht allerdings fest, daß die liberale Mehrheit allein nicht sehr groß sein wird, wenn sie auch auf ihre Freunde rechnen kann. Vielleicht erringen die Liberalen trotz der Unbeliebtheit der Konservativen nicht einmal die Mehrheit; sie müssen auf die Arbeiterpartei und die Iren sich stützen können, und diese haben die Heereshilfe im allgemeinen auch zugesagt.

Das englische Unterhaus besteht aus 670 Mitgliedern, die sich in Konservative, Liberale, Iren (Homeruler, Nationalisten) und Arbeitervertreter teilen. Die Konservativen werden auch „Unionisten“ genannt, da sie gegen Homerule (gegen eine selbständige Regierung Irlands) sind und die Union, das Bündnis zwischen Großbritannien und Irland, aufrecht erhalten wollen. In den letzten zwei Parlamenten von 1895 bis 1900 und 1900 bis 1905 hatten die Konservativen eine Mehrheit von 150 bis 80 Stimmen über die Liberalen, Iren und Arbeiter zusammengenommen. Die konservative Regierung hatte also eine jahre Stütze und war von den übrigen Parteien ganz unabhängig. Dies ist selbstdarbend das Ideal einer parlamentarischen Partei. Die letzte liberale Regierung in den Jahren 1892 bis 1895 hatte keine selbständige Mehrheit gehabt und war auf die Hälften der Iren, die gewöhnlich etwa 80 Mann stark sind, angewiesen, befand sich also in einer ganz ungünstigen Lage:

denn im parlamentarischen Leben muß man für jede Hilfe zahlen, und die Zahlung an die Iren heißt „Homerule“, über deren Zweckmäßigkeit die liberale Partei sich nicht einigt ist, so daß sie darüber zur Spaltung und Schwächung gelangen muß. Der Ruf Homerule hat nun auch für die begonnene Wahlbewegung bereits Bedeutung erlangt; ein großer Teil der Liberalen selbst will von einer besonderen Regierung in Dublin nichts wissen. Ist daher die Mehrheit der Liberalen eine geringe, so kann es gar bald zu Differenzen in dieser kommen und der Sturz wäre unvermeidlich. Dann würde Chamberlain mit seiner Kollusion an die Regierung kommen; damit rechnen bereits Freund und Feind, und die jetzige Wahlbewegung ist auch schon von dieser Aussicht durchdrungen, daher die größten Anstrengungen, die liberale Mehrheit zu einer sehr großen zu machen. Die Arbeitervertreter hingegen haben kein Interesse an einer sehr starken liberalen Mehrheit. Sie sagen sich vielmehr, daß je stärker die liberale Mehrheit ist, desto geringer ihr Einfluß sein wird; ist diese nur schwach, so muß sich das liberale Kabinett mehr auf die Iren und Arbeiter stützen, d. h. auch mehr auf diese Rücksicht nehmen. Die beiden letzten Parteien hingegen machen sich bereits mit dem Gedanken vertraut, daß sie unter der liberalen Regierung nicht allzuviel erreichen werden und es deshalb gut sei, diese wohl zu unterstützen, aber sich für die Zukunft zu rüsten, und so denken sie bereits an eine gemeinsame Fraktion der „demokratischen Linken“. Damit wäre die historische Zweiteilung des englischen Parlaments in Liberale und Konservative befeistigt, indem dann eine dritte Fraktion sich bilden würde. Auf dieser Grundlage spielt sich der gesamte Wahlkampf ab.

Die Konservativen sind im Wahlkampf nicht einig; sie treten in zwei großen Gruppen auf. Die Anhänger Chamberlains treten offen für Lebensmittelzölle auf, um das Reich durch einen Vorzugsstarkt zusammenzuschließen; selbstverständlich sind sie gegen Homerule, da die strategische Lage Irlands eine derartige sei, daß England die volle Gewalt über diese an Englands westlicher Flanke liegenden Inseln haben müsse; aber schon unbedingt sind sie gegen Homerule, weil ja der imperialistische Gedanke an sich „Zusammenschluß großer Gebiete und Richterstüdigung des Reiches“ bedeutet. Die Anhänger Balfours und die konservativen Freihändler kümmern sich scheinbar weniger um die Zollpolitik als um die Homerulefrage, und beschuldigen die Liberalen, daß diese die Union zwischen Großbritannien und Irland auflösen wollten. Sie flammern sich an einer Frage, an der die liberale Partei bereits zweimal (1886 und 1895) Schiffbruch gesunken ist. Hassen wir die Wahlprogramme der beiden großen Parteien zusammen, so sehen wir die Liberalen sagen: „Wir wollen den Freihandel schaffen, der von den Konservativen bedroht wird.“ Die Konservativen sagen: „Wir wollen die Sicherheit Englands schützen, die von den Liberalen bedroht wird.“

Die Irlander haben 103 Abgeordnete zu wählen; davon sind 21 konservativ und 82 unionistisch, d. h. diese gehen mit den Liberalen. Unter Gladstone war diese Gesellschaft eine unbedingte; die Autorität des „old man“ war eine solche große, daß er jede Opposition in der Gesellschaft unterdrücken konnte. Aber seit dem Tode desselben ist manches anders geworden. Die Nationalisten, wie sie sich nennen, sind stärker geworden und hatten Unglück in der Führung. Obwohl zum größten Teil, fast ausschließlich sogar,

sich auf katholische Wähler stützend, hatten sie protestantische Führer. Der große O'Connell war der einzige bedeutende katholische Kopf unter ihnen und er ist schon lange tot; sein Andenken lebt wohl noch weiter; aber die Nachfolger in der Führung missbrauchen oft ihre Wähler zu ihrem Einfluß für persönliche Wünsche. Als ganz selbstverständliche darf angegeben werden, daß trotz dieser Schattenseiten die Unionisten alle ihre Mandate behalten werden.

Die Arbeiterpartei tritt diesmal mit besonders großen Hoffnungen in den Wahlkampf ein; sie ist nicht zu verwechseln mit der Sozialdemokratie. In der Arbeiterpartei besteht wohl auch eine sozialdemokratische Unterströmung, aber sie hat bis jetzt nicht sehr viel Erfolge aufzuweisen. Der beste Beweis liegt darin, daß sie auch nur neun Kandidaten aufgestellt hat. Die eigentliche Arbeiterpartei ist die gewerkschaftliche Arbeiterpartei; diese hat 50 Kandidaten aufgestellt, darunter auch die seitherigen vier Arbeiterabgeordneten. Mehr als 20 Mandate aber werden Arbeiterpartei und Sozialdemokratie kaum erhalten; dagegen sind unter den liberalen Kandidaten eine erhebliche Anzahl von Arbeitern und diese dürfte gute Aussichten haben und das um so mehr, als es in England keine Stichwahlen gibt. Ein Wahlgang entscheidet und die relative Mehrheit genügt. Der Wahlgang selbst aber dauert 10 Tage hindurch. Auffallend ist es auch, wie gering die Zeit für die eigentliche Wahlagitation bemessen ist.

Der Ausfall der Wahl in England hat aber, wie schon aus diesen Zeilen hervorgeht, auch hohes Interesse für das Festland. Mit dem Sieg der Liberalen tritt eine erhöhte Bürgschaft des Friedens ein; der auch nur annähernde Sieg Chamberlains dagegen bedeutet eine Kriegserklärung auf wirtschaftlichem Gebiete. Wir würden dann sehr schweren wirtschaftlichen Kämpfen entgegengehen, und wer weiß, was sich alles aus diesen noch entwickeln würde. Bedeutet das Kabinett Bannerman den Weltfrieden, so bedeutet ein Kabinett Chamberlain den wirtschaftlichen Krieg! Darüber entscheidet jetzt das englische Volk.

Deutscher Reichstag.

k. Berlin. 17. Februar am 1. Januar 1906.

Das Haus setzt die 1. Sitzung der Steuervorlagen fort. Staatssekretär Freiherr v. Stengel: Wir stehen mit unserer Schuldentlastung sehr schlimm, neue Steuern sind geboten; die Reichsvermögenssteuer ist keine direkte Steuer; in Sachsen ist sie noch heute indirekte Steuer. Das Interesse des Brennereiverwesers erfordert Ruhe und deshalb können wir jetzt nicht die Liebesgaben befreien. Eine spätere Zeit muß hier mit der Reform einsetzen, aber der Brunnenturm ist schon sehr stark belastet. Zum ersten Tage meiner Amtsübernahme sah ich in den Abhörsälen der Brunnenturm einen erheblichen Wasserdurchfluss und suchte diesen zu beilegen. 18.2 sah man pro Sektor 1 Mt. vor. Heute werden nur 72 Pf. tatsächlich bezahlt. Einer solchen Abhörsatzung muß entgegengewirkt werden. Je besser das Bier ist, desto mehr wird der Schnaps verdrängt und dazu dient recht wesentlich das urtopat. Die Staffelung der Biersteuer hat sich natürlich in Württemberg bewährt. Wie hat man sich 1902 in den Kreisen der Fabrikanten gegen die Schaumweinsteuer gewendet? Am Durchschnitt fällt auf der ganzen Erde auf 1 Hektoliter Bier 3,60 Mt. Steuer, bei uns im Reiche aber nur 73 Pf. (Hoch). In England wird aktuell soviel Biersteuer erhoben wie bei uns. Die neue Tabaksteuer bringt nicht solche Umlösungen wie von 1879. Erhebliche Arbeiterentlassungen sind damals nicht eingetreten und auch jetzt nicht zu befürchten, zumal wenn die Zigarettensteuer und der höhere Zoll auf Tabakwaren angewendet wird. Auch eine Verschiebung der Tabakabfertigung nach Süddeutschland ist nicht zu fürchten. In England und den Vereinigten Staaten ist der Tabak weit höher bezahlt wie bei uns. Die Verlehrsteuern sind nicht so belastend, wie man es darstellt. Sie lassen sich allesamt auf die Konsumanten abwälzen. Die Ausführungen des Abg. Singer waren nicht geeignet, die Bedenken gegen die Reichsvermögenssteuer zu beseitigen. Ich hoffe ganz bestimmt, daß in 2. und 3. Sitzung eine Einigung erzielt werden wird. — Abg. Bartsch (Nat.): Das Reich bringt seine Gelder auf durch Steuern, die geeignet sind, Unruhe zu erzeugen. Das schadet den Reichsgeldanlagen. 105 Millionen fallen auf Bier und Tabak, 50 Mill. auf den Verkehr und nur der Rest von 10 Prozent auf das erworbene Vermögen. Dieses Verhältnis ist nicht gerecht. Wenn Bier und Tabak auch Genußmittel sind, so muß es doch stets gewisse Genußmittel geben, um gewisse Leistungen zu erzielen. Es sind auch die einzigen Genußmittel des Volkes und deshalb bin ich gegen die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer, im Gegenzug zu meinem Freunde Bölling. — Finanzminister Reehl. v. Rheindalen wendet sich gegen den Vorschlag des Abg. Bartsch, daß die Einzelstaaten einen Teil ihrer Eisenbahnverträge an das Reich abtreten sollen. Der ganze Bundesrat wird sich einstimmen gegen diese Steuer wenden. Die Aufgaben der Bundesstaaten machen sehr rasch, so daß diese nichts mehr abgeben können, nachdem sie auf die Reichsvermögenssteuer verzichten. Nimmt man Preußen einen Teil der Eisenbahnüberträger weg, so müssen wir die Steuern erhöhen. Die ganze Betriebsmittelgemeinschaft bringt uns nur 10 Millionen Mark Gewinn. Bei den anderen preußischen Staaten (Kurh.: deutscher) parden, deutschen Staaten, sieht es ähnlich, teilweise weniger günstig als bei uns. Die Liebesgabe dient nicht den Großbetrieben des Ostens, man berechtigt hiermit politische Brunnenturmsicherung. Die kleinen Brennereien leiden am meisten unter einer solchen Aufsiedlung, namentlich im Süden und Westen. Eine Erhöhung des Bierpreises ist durch die Biersteuer gar nicht nötig. 18828 Galionsfahrer und Schankwirtschaften befinden in Preußen. Die Zahl derselben ist viel zu groß. Auf 54 erwachsene männliche Personen über 18 Jahren entfällt bereits 1 Schankwirtschaft. Nach dem Ertrag eines Winchener Arbeiters mit 1880 Mt. Einkommen zahlt dieser an die sozialdemokratische Organisation 86 Mt., und dazu sage ich nur: Sapiens sat! (Viel.) — Abg. Graf Lanj (Kons.): Nur durch eine eiserne Energie konnte Freiheit von Stengel die Sache der Reichsfinanzreform so weit fördern; aber der Bundesrat sollte sparsamer sein. Schließlich wird alles bewilligt. (Hört! Sehr gut!) Die Kapitalistischen Handelsverträge haben uns einen Wertgehalt von 700 Mill. Mark gebracht. In allen Ländern sind die indirekten Steuern sehr hoch, auch wo die Sozialdemokratie am Ruder sind, wie in Australien. Die Gerechtigkeit muß die Grundlage der Steuerreform sein. — Abg. Barthel (Sel. Wpt.): Das Zigarettenpapier soll den höchsten Zollzusatz erhalten mit 7000 Mt. Selbst Spulen sind nicht so hoch mit Zoll belegt. Die Reichsvermögenssteuer aber

wird ein beschleunigtes Blümchen sein. Die Stempelabgaben gehören in das Gebiet der Kuriosen. — Abg. Kampf (Rkt.): polemisiert gegen die Reichsvermögenssteuer. Schließlich erklärt er sich bereit, für die Steuer zu stimmen, um die ganze Reform zu retten. — Abg. v. Gerlach (Sel. Ver.): Die neuen indirekten Steuern sind abzulehnen. Die Reichsvermögenssteuer muß auf Kinder und Ehegatten ausgedehnt werden. — Hieraus wird die Fortsetzung auf Freitag 1 Uhr verlängert.

Politische Mundschau.

Dresden, den 12. Februar 1906.

— Die „Nordde. Allgem. Zeit.“ schreibt offiziell: „Der Pariser Korrespondent der „Times“ hat den Versuch unternommen, das angebliche Zeugnis eines Verstorbenen gegen Sc. Majestät den Kaiser und gegen den Reichskanzler Fürst Bülow auszuspielen. Er will nämlich Kenntnis von Anklagungen des ehemaligen Reichskanzlers Fürsten Hohenlohe haben, nach denen ein Gegensatz zwischen dem Kaiser und seinem damaligen ersten Berater bei der Beziehung von Kiautschou bestanden habe. Die „Times“ schreibt dabei dem verstorbenen Fürsten Mitteilungen über Erwerbspläne des Kaisers unter, die sich ohne weiteres als Errfindungen bezeichnen lassen. Wie sich aus den Alten ergibt, und auch sonst in maßgebender Weise bezeugt ist, hat gerade in der Behandlung der chinesischen Frage zwischen dem Kaiser und dem Fürsten Hohenlohe rücksichtlose Einmütigkeit bestanden. Ebenso wenig Glaubwürdigkeit darf der „Times“-Korrespondent für die Bemerkung beanspruchen, die er dem Fürsten Hohenlohe über seinen Nachfolger in den Mund legt.“

Der verstorbene frühere preußische Minister der öffentlichen Arbeiten, v. Thielen, ist am 30. Januar 1832 zu Wiesbaden geboren. Er studierte in Bonn und Berlin die Rechte, wurde 1860 Regierungsassessor in Arnsberg und war dann kurze Zeit Mitglied der Regierung in Koblenz. Im Jahre 1881 wurde v. Thielen Präsident der Eisenbahndirektion in Elberfeld und 1887 in Hannover. 1891 wurde er am Stelle Maybachs zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt, welchen Posten er bis zum 23. Juni 1902 inne hatte. 1900 wurde ihm der Adelstitel verliehen. Die Blätter widmen ihm sämtlich einen ehrenden Nachruf. Der „Staatsanzeiger“ schreibt: „Die Ministerlaufbahn Karl v. Thielen ist ausgezeichnet durch große Erfolge auf weiten Gebieten seines amtlichen Wirkens, vor allem des Eisenbahnwesens. Minister v. Thielen besaß für die Bewältigung der Aufgaben seines weiten, vielfassenden Ressorts besonders glückliche Eigenschaften. Er war ausgestattet mit großen Gaben des Geistes und des Herzens und vereinigte in sich eine hervorragende Fachkenntnis und hohe praktische Gewandtheit mit einer herzgewinnenden Liebenswürdigkeit, die ein jeder erfuhr, der mit ihm in Verbindung kam. Seinem inneren Wesen entsprach die stete Fürsorge für das große Heer der ihm unterstehen Beamten, deren Liebe und Verehrung er in hohem Maße genoss.“ Der Kaiser hat der Witwe v. Thielen folgendes Telegramm gesandt: „Ich bitte Sie, den Ausdruck Meiner tiefsinnigsten Teilnahme und Meines wärmen Mitgefühls entgegenzunehmen. Der vielfachen und großen Verdienste Ihres heimgegangenen Gemahls sowie seiner treuen Mitarbeit werde ich stets dankbar gedenken. Möge der Allmächtige Sie und die Ihrigen in ihrem großen Schmerze trösten.“ Oberleutnant v. Thielen, ein Sohn des Verstorbenen, empfing ebenfalls ein kondolenz-Telegramm vom Kaiser.

— Die Budgetkommission des Reichstages setzte am 11. d. M. die Beratung des Poststabs fort. Müller-Zulda (Bl.) forderte Einschränkung der Portofreiheit der Fürsten. Er studierte in Bonn und Berlin die Rechte, wurde 1860 Regierungsassessor in Arnsberg und war dann kurze Zeit Mitglied der Regierung in Koblenz. Im Jahre 1881 wurde v. Thielen Präsident der Eisenbahndirektion in Elberfeld und 1887 in Hannover. 1891 wurde er am Stelle Maybachs zum Minister der öffentlichen Arbeiten ernannt, welcher die Poststabswohl das Recht für solche Portofreiheit, aber beide müßten eben geändert und abgelöst werden. Die Sache werde heute für geänderte Unternehmungen der Fürsten ausgenügt, was nicht im Sinne des Gesetzgebers liege. Die Reichstagsangelegenheiten müßten kräftig befreit werden. Die Portofreiheit der Soldatenpäckchen bis zu 5 Kilogramm entspricht einem allgemeinen Volkswunsch. Wederhalb werde in Herbertshöhe (Neu-Guinea) nicht mehr angehalten seitens der Postdampfer, sondern nur im Simphonhafen? Staatssekretär Krätschke vertrat Untersuchung dieser Aenderung und hielt eine Änderung des Gesetzes für Portofreiheiten für geboten. Dr. v. Jodziewski (Pole) beklagte sich über Chikanen der Post in den polnischen Gegend; manches sei besser geworden. Wattmann (W. Ver.) schließt sich den Anträgen des Zentrums an. Unterstaatssekretär v. Sydow macht Ausführungen über die heutige Verteilung der Telefonsäulen zwischen Stadt und Land; in Orten mit 5-50 Ansiedlungen kostet das Gespräch 10,7 Pf., in Orten mit über 200 Ansiedlungen aber 3,7 Pf. Man plane die Einführung eines modernen Zählers. Prinz v. Arenberg beantragt, daß die Verteilung der Kosten zwischen Stadt und Land eine bessere werde, jetzt müsse letzteres zu viel bezahlen. Die Resolution des Zentrums wurde mit großer Mehrheit angenommen, dagegen stimmten nur die Sozialdemokraten, welche für das Land nicht die gerechte Verteilung geben wollen. Die Anträge auf Umwandlung der Bestellgelder in höhere Portofreiheiten und Untersuchung über die Portofreiheit der Fürsten wurden angenommen. Müller-Zulda fragt an, wie der Zeitungsverleih sich rentiere. Staatssekretär Krätschke hält eine solche Berechnung für nicht möglich, aber meint, daß sich

der Verkehr nicht rentiere. Paasche (nat.-lib.) hält eine Reform ebenso für geboten. Erzberger (Bt.) hält die Reform des Zeitungstarifes unbedingt für nötig; manche große Blätter haben riesige Summen gespart, andere müssten mehr bezahlen und könnten sich nur durch Erhöhung der Abonnementgebühr halten. Die Leistungsfähigkeit müsse hierbei mehr berücksichtigt werden. Singer (Soz.) und Eichhoff (frei. Pkt.) hielten die Zeit für eine Tendenz noch nicht für gekommen. Damit ist der Poststet erledigt.

— Die Portofreheiten der Fürsten. In der Budgetkommission des Reichstages hat, wie wir oben erwähnt, der Zentrumabgeordnete Müller-Zulda ein höchst interessantes Kapitel bei der Beratung des Poststet angeknüpft, nämlich die Portofreiheit der Fürsten. Durch Verträge und das Reichsgesetz von 1869 haben die regierenden Fürsten Portofreiheit erhalten; selbstverständlich hat man diese Vergünstigung nur für den persönlichen Verkehr der Fürsten sich gedacht. Aber die Sache hat mit der Zeit eine andere Bedeutung gewonnen. Wie die Abgeordneten Erzberger, Dr. Arndt und Dr. Südekum mitteilten, erstreckt sich heute die Portofreiheit nicht nur über den Verkehr der Fürsten, sondern über dessen ganze Hoheits, ja selbst über gewerbliche Anlagen (Brennereien, Molkereien, Weinfabriken) der Fürsten. Es wurden von diesen Abgeordneten fast ganz unglaubliche Vorkommnisse erzählt, so z. B. daß der Rücken eines süddeutschen Hofs alle seine persönlichen Bedürfnisse auch portofrei bezieht, daß in einem anderen Lande die Prospekte über Heilquellen und Wasserbehandlungen portofrei aufgegeben werden und daß auf diesen portofreien Bezug eigens in den Prospekten hingewiesen wird; ferner daß Hunderte und Tausende von Kilogramm Butter aus französischen Molkereien versendet werden. Die Kommission hat einstimmig diese Ausdehnung der Portofreiheit verworfen, und es ist sehr bezeichnend, daß selbst von Seiten der Reichspartei der Antrag ausgegangen ist, eine Untersuchung einzuleiten, in wieweit ein solcher Missbrauch stattgefunden hat und Vorkläge über die Verbesserung derselben zu machen. Staatssekretär Rüttel meinte, wenn diese Debatte in der Öffentlichkeit bekannt werde, würden die Fürsten schon von selbst für Abhilfe sorgen; jetzt sei dieser wohl kaum diese Ausdehnung ihres persönlichen Privilegs bekannt; die Hofverwaltungen machen dies auf eigene Faust. Die Kommission aber nahm trotzdem den Antrag der Reichspartei an. Dass diese Portofreiheit in ganz außfallender Weise benutzt werden ist, zeigt am deutlichsten der Umstand, daß der Antrag von der sogenannten Postfachpartei ausgeht, die gewiß antimonarchische Tendenzen nicht verdeckt hat. Gerade im Interesse der Monarchie liegt vielleicht eine Einschränkung der Portofreiheit auf den persönlichen Verkehr der Monarchen.

Gestern wurde in Braunschweig der 28. ordentliche Braunschweigische Landtag im Auftrage des Regenten durch Staatsminister Dr. v. Otto eröffnet. In der Eröffnungsrede führte dieser aus, daß seit dem vorigen Landtag die unglückliche Gestaltung des Staatshaushaltes sich weitestgehend verändert habe. Die Ausgaben seien gestiegen und die Einnahmen hätten sich verringert. Es werde deshalb eine Erhöhung der Staatseinkommen- und Einnahmesteuern, sowie eine Erhöhung der Stempelsteuer vorgeschlagen.

Die Peitsche der Kameruner Häftlinge erregt immer mehr Aufsehen. Das „Darm. Kreisblatt“ veröffentlicht einen Bericht über die Gerichtsverhandlung, die vom Bezirksgericht in Tualia gegen die Kameruner Häftlinge wegen Unterzeichnung der bekannten Beschwerdebrief gegen den Gouverneur von Puttamer eingeleitet wurde. Die Verhandlungen dauerten 11 Tage. Am 5. Dezember wurde das Urteil gefällt. Es erhielten King-Alwa 9 Jahre, ein Großhäftling 7, zwei weitere Großhäftlinge 3, ein Häftling 2½, 2 Häftlinge 1½ Jahre und die übrigen Unterhäftlinge je 3 Monate Gefängnis. Die Gerichtsverhandlung bestätigt, daß diese außergewöhnlich hohen Strafen lediglich deshalb verhängt wurden, weil die Beschwerdeführer überhaupt gewagt hatten, „über den Kopf des Gouverneurs“ hinweg sich direkt an den Reichstag und an den Reichsanzler zu wenden. Die Urteilsbegründung führt aus, daß das eine Unbotmäßigkeit (!!!) wäre, die geeignet sei, die deutsche Autorität zu untergraben. Es sollte eben ein Beispiel statuiert werden. Lediglich die Unterzeichnung der Beschwerdebrief ist maßgebend gewesen für die Strafbemessung. (!) Die früher geäußerte Ansicht, daß bei der Verhängung von Gefängnisstrafen bis zu 9 Jahren unbedingt noch andere Gründe vorgelegen haben müßten, die sich unserer Beurteilung entzogen, bestätigt sich dennoch nicht. Der Gerichtsleiter, Amtsger. Sommermann, betonte ausdrücklich, daß der Gouverneur besonders deshalb erbittert sei, weil die Peitsche über seinen Kopf hinweg abgesandt sei. Der Angeklagte Alwa möchte demgegenüber geltend, daß alle in der Beschwerde angeführten Tatsachen auch dem Gouverneur Puttamer vorgetragen seien. Dieser aber habe die Peitschenurteile unbeantwortet gelassen. Da erst hätten sie sich in ihrer Not an den Reichsanzler gewandt. Puttamer kommt am 1. Februar hier in Berlin an; die Abreitung mit seinem System wird eine scharfe werden. Der Gerichtsleiter Sommermann aber sollte ebenso rasch nach Deutschland zurückkehren werden.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer erklärte der Führer der Sozialdemokraten, Abg. v. Vollmar, daß die Sozialdemokraten bei Bedrohung des Vaterlandes die besten Verteidiger sein würden, daß aber das Heer sich nicht zur Aufrechterhaltung der hinsichtlich werdenden Klassenherrschaft hergeben dürfe. Redner fand sodann eine Entgegnung seines Fraktionskollegen Rößwag: „Wo es uns gut geht, ist unser Vaterland“, zu verteidigen.

Eine Skandalaffäre im deutschen Heere. Großen Diebstählen an Waffen und Munition bei der deutschen Militärverwaltung ist man auf die Spur gekommen. In die Untersuchung sind Unteroffiziere einer großen Anzahl von Regimentern, vornehmlich der Infanterieregimenter Nr. 140, 134, 46, 47 und 6 verwickelt. Die gestohlenen Gewehre und die Munition sind meist nach dem Auslande, speziell nach Russland, vertrieben worden. Auch ist festgestellt, daß ein Infanteriegewehr Modell 98 dem Spionagebüro in Paris eingeliefert ist. Ferner ist ein Kriminal-

Kommissar auf Verdachtsgründe hin nach Görlitz gefahren, um ein dortiges Gehörnert auszunehmen. Viele Hausdurchsuchungen finden in den letzten Tagen bei Büchsenmachern und Waffenköpfen in Berlin statt. Sie begannen in Spandau und dehnten sich dann auch auf Berlin aus. Zurückgeführt werden sie auf die Verhaftung des Waffenköpfers Loll aus Grünberg in Schlesien, der unter anderem auch des Landesvertrates beschuldigt wird, und eines Althändlers Behrendt aus Posen. Das „Berl. Tagebl.“ berichtet hierzu folgendes: Behrendt, der in die Enge getrieben wurde, gestand ein, daß er die Patronen und auch Gewehre von einigen Unteroffizieren gekauft und diese durch den Waffenköpfer Loll nach Grünberg weiter vertrieben habe. Die darauf bei Loll vorgenommene Durchsuchung förderte ein ganzes Lager von Infanteriegewehren der Modelle 87–88 und 98 auf. Gleichzeitig konnte durch die beschlagnahmene Korrespondenz ermittelt werden, daß die Gewehrlieferungen aus Königsberg, Graudenz, Hohenholza, Bromberg, ja sogar aus Regensburg erfolgt waren. Es wurde daraufhin die Verhaftung aller verdächtigen Militärpersonen angeordnet. Loll soll mit alten Militärgewehren Modell 83–84 und 88 einen schwunghaften Handel getrieben haben, obwohl für die Abgabe solcher Waffen bestimmte Vorschriften bestehen. Im Innland werden die ausgeschiedenen Militärgewehre nur an Krieger- und Schützenvereine verkauft, und zwar nur in einer Anzahl, die sich mit dem jeweiligen Mitgliederbestande deckt. Sie kosten nur 1 Mark 50 Pfennig das Stück eindringlich 1000 Patronen. Diese Gewehre weiter zu verkaufen, ist verboten. An das europäische Ausland dürfen alte Militärgewehre nicht abgegeben werden. Für das außereuropäische Ausland werden sie in größeren Posten an Händler verkaufst, die einen Auftrag nachweisen. Die Ausfuhr wird überwacht. Es sind nun aber auch in Europa viele alte deutsche Militärgewehre gefunden worden. Auch die russischen Revolutionäre besitzen sie und verwenden sie im Kampfe gegen das Militär.

— 300 000 Mark Provision als Wohltätigkeitsstiftung. Von durchaus zuverlässiger Seite erfahren wir, daß die hohen Herren des Kamerun-Syndikates infolge der Entbündelungen des Abg. Erzberger bestimmt, nunmehr die 300 000 Mark Provision für eine wohltätige Stiftung (für ein Krankenhaus) zu verwenden. Das heißt das Fell zu früh verteilt! Erst müssen sie doch diese Gelder haben! Wir hoffen, daß der Reichstag einfach diese Summe aus der Kamerunseebahnvorlage herausstreicht, falls er die Bahn überhaupt noch genehmigt.

— Der Kulturfampf in Frankreich — ein Muster für die deutschen Liberalen. Im „Freien Wort“ veröffentlicht Otto Hörr-Frankfurt einen Aufsatz über die Trennung von Kirche und Staat in Frankreich. Es heißt darin unter anderem: „Die Lage für die katholische Kirche in Frankreich ist in der Tat sehr kritisch. Es fragt sich zunächst, ob die französische Kirche, auf sich selbst gestellt, stehen kann oder ob sie zu Boden fällt; jodann, ob die französischen Katholiken, die jetzt selbst für die Kosten ihres Kultus aufkommen müssen, auch noch ferner die Summen aufbringen werden, die sie bisher noch nicht gehabt haben. Und endlich fragt es sich, ob nicht das Trennungsgesetz unter den französischen Katholiken selbst religiöse Kräfte entfesselt, die der Kirche, der Hierarchie, dem Papsttum gefährlich werden können. Das sind lauter Fragen, die auch der größte kirchliche Optimist, sofern er sich auf die Zeichen der Zeit nur einigermaßen versteht, nicht mit Sicherheit und Hoffnungsfreude beantworten kann. Man begreift darum die Unruhe, die alle Leiter der Kirche, von unten bis oben, ergriffen hat; sie beweist am besten, wie zielgerecht und wichtig der Schlag ist, der gegen die Herrschaft Rom's geführt wird. Der Religion schadet das Trennungsgesetz nicht, aber es ist ein Todesstoß gegen jene Macht, die unter dem Deckmantel der Religion politisch egoistische Zwecke verfolgt. Fortan, da die Schule frei ist und keine Brücke mehr vom geistlichen zum Weltlichen, von der Religion zur Politik hinüberschreitet, ist der französische Staat geschwächt und gefeit gegen das reaktionäre Gift, das die Kirche durch tausend große und kleine Kanäle seinem Körper eingeflößt hat, und fortan kann die Republik, von fremden Schädlichkeiten nicht gehemmt, dem Geist ihrer eigenen freien Entwicklung folgen. Mit seiner ganz modernen Schul- und Kirchenpolitik hat sich Frankreich wieder an die Spitze des Weltfortschrittes gestellt und sein Beispiel, das den Beifall aller aufgelaufenen Geister findet, wird ohne Zweifel nochgeahnt werden. Freilich zunächst nicht von Preußen-Deutschland, das gerade jetzt die Bande, die den Staat und die Schule an die Kirche knüpfen und sie ihr unterstützen machen, verstärkt und befestigt und dadurch der Reaktion, die ohnehin schon mächtig genug ist, neue gewaltige Kräfte zufügt. Und da wundern sich unsere Staatsmänner noch, daß Preußen-Deutschland in der Welt nicht beliebt ist!“ Das Beispiel Frankreichs soll und wird also nach dem Bunde der Liberalen nachgeahmt werden. Sie bedauern offenbar recht lebhaft, daß sie augenblicklich ihren Hof gegen die katholische Kirche in Deutschland noch nicht befriedigen können. Aber sie hoffen auf die Zukunft. Nun, das katholische Volk wird auf dem Posten sein, um den Angreifern die gebührende Antwort zu geben!

— Der Streit um des Kaisers Park geht lustig weiter. Die „Staatsbürger-Zeitung“ behauptet zu hören, „überzeugte Freunde des Geheimrats Dr. Helffrich“ seien an der Arbeit, die Vorlage der verbündeten Regierungen, bestrebt die Errichtung eines Reichskolonialamts zum Scheitern zu bringen und die ganze Reorganisation der Kolonialverwaltung darauf zu beschränken, daß an die Stelle des Kolonialdirektors ein Unterstaatssekretär tritt. Die „Rat. Ztg.“ tritt, wie ein gehorsamer Zeitungsjournalist dieser Meldung entgegen und meint, daß eine der wesentlichsten Bedürfnisse, aus denen der Einführung Dr. Helffrichs in die Leitung der Anatolischen Bahnen veranlaßt worden ist, gerade darin besteht, daß auch die Mitwirkung dieses Beamten bei der Vertretung der Vorlage über das Reichskolonialamt gerechnet wird. Das kann sich ja sehr hässlich gestalten, da gerade dieser Beamte vor Jahresfrist noch eine Broschüre geschrieben hat, welche sich gegen ein selbstständiges Kolonialamt wendet.

— Das Sartoriussche „Weinfabrikationsquantum“ im letzten Herbst, also 1905, stellt sich nach der Berechnung, welche der „Pfälzer Ztg.“ von dem Veltner eines Gesundheits-

amtes zuging, folgendermaßen: „In dem Weinprozeß wurde nachgewiesen, daß Sartorius 700 Gramm Zucker zur Verbesserung seines Weines verbraucht hatte. Theoretisch berechnen sich nun aus 100 Gramm Zucker 50 Gramm Alkohol. Daher 100 Gramm Zucker gleich 500 Kubikzentimeter Wein. 1000 Gramm (1 Kilo gramm) Zucker gleich 5 Liter Wein, 50 Kilogramm (1 Zentner) Zucker gleich 250 Liter Wein. Da nun Sartorius 700 Gramm Zucker in den Monaten September, Oktober und November des Jahres 1905 zu seiner „Weinverbesserung“ verbraucht hat, so hat er durch diesen Zuckerzettel 175 000 Liter Wein mehr produziert.“ Welche Menge Quantitäten wurden da wohl im Laufe von etwa 20 Jahren zusammen produziert? Und da wundert man sich noch, wenn der kleine Winzer, der reelle Handel, seine Produkte nicht an den Mann bringen kann.

— Endlich ein Protest aus liberalem Lager. Unter der Spitzname „Schwimmende Särge“ wendet sich ein Korrespondent der „Augsb. Abendzeit.“ in scharfen Ausführungen gegen die fortgezte Herausziehung eines Teiles unseres Schiffsmaterials durch gewisse Marineschriftsteller. Es heißt darin: „Es ist eine mißliche Sache, in einer Form, wie dies vielfach geschehen ist, die nach sehr eingehenden Beratungen mit den maßgebenden Offizieren, Technikern und Ingenieuren abgeschlossenen Arbeiten des Reichs-Marinamtes zu kritisieren. Manche dieser Artikel sind von angeblicher Kenntnislosigkeit ditiert. Der Schaden dieser Artikel ist viel größer, als der Nutzen, den sie anstreben können, selbst wenn alles zutreffend wäre. Die Schadenfreude im Ausland wird erweitert, und schließlich schafft man ja mit diesen Artikeln die angeblich „schwimmenden Särge“ nicht aus der Welt. An und für sich ist es schon ein schwieriges Thema, Schiffstypenvergleiche anzustellen...“ Aus sicher wohlwollenden Gründen, zu denen wohl nicht der geringste die Rücksicht auf das Budget war, hat unsere Marineverwaltung in früheren Jahren sich offenbar bemüht, mit kleinen Deplatzements auszukommen. Bekanntlich hat sich in neuester Zeit durch das Vorgehen anderer Nationen und hauptsächlich durch die Erfolge der großen japanischen Linienärsche in der Seeschlacht bei Tsushima auch für Deutschland die Notwendigkeit ergeben, große Linienärsche von 18 000 Tonnen zu bauen. Alles in der Welt veraltet, vor allem auch das Material anderer Marinen. Es ist wirklich ein törichtes Unterfangen, unsere neueren und neuesten Linienärsche und Kreuzer als minderwertiges Material, als „schwimmende Särge“ hinstellen zu wollen. Was ist das z. B. für eine Logik, wenn 1901 die Schiffe der deutschen Braunschweigslasse denjenigen der König-Eduard-Lasse gleichwertig sind, und wenige Jahre später die der Deutschlands-Lasse, welche gegenüber der Braunschweigslasse Verbesserungen aufweisen, einen solchen Vergleich nicht aufzuhalten können.“ Wenn ein Zentralblatt solch ganz berechtigte Sätze ausspricht, fällt gerade die liberale Presse über dieses her. Es ist höchste Zeit, daß gegen das Treiben gewisser Marineschriftsteller in allen deutschen Gauen sich Proteste erheben.

Frankreich.

— Der Senat wählte Galliéres mit 173 von 249 abgegebenen Stimmen wieder zum Präsidenten.

— Das Gelbbuch über die makedonischen Angelegenheiten ist heute im Parlament verteilt worden. Es enthält 179 Dokumente und umfaßt den Zeitraum vom 26. März 1903 bis 23. Dezember 1905. Die Schriftstücke lassen die Bemühungen der Mächte erkennen, die Türkei zur Durchführung der zugesagten Reformen zu veranlassen und den Ausland offener Feindseligkeiten zwischen der Türkei und Bulgarien zu verhindern. In einem Schreiben vom 22. August 1903 an Minister Delcassé sagt der französische Botschafter in Konstantinopel, man könne sich die Zahl der Banden und die Mengen von Dynamit und Sprengstoffen, von denen Makedonien voll sei, nicht erklären, ohne zu geben, daß es an den bulgarischen Grenzen an Überwachung mangelt. Conflans fügte hinzu, die Ausschreitungen der Banden seien ebenso grausame, als die den Mohammedanern vorgekommenen. Die Ausweitung der Reformen sei unmöglich. Am 13. Dezember teilte Conflans Delcassé mit, daß sich das Gerücht von einer Mobilisierung der österreichischen Armee tatsächlich trotz des Regierungsdementis erhalten. Viele der Dokumente sind Noten diplomatischer und Konsularagenten über die Attentate und Zwischenfälle in Makedonien und über die Tätigkeit der Gendarmerie.

Niederlande.

— Die Erste Kammer hat den Vertrag mit Deutschland betreffend des Niederlassungsbuches von Deutschen und Niederländern in Holland bzw. Deutschland und betreffend die Ausweisung mittelloser Auswanderer angenommen.

Frankland.

— Der unionistische Kandidat für die Unterhauswahl für Stirling (Schottland), Murdoch, hat seine Kandidatur wegen Erkrankung zurückgezogen, so daß dem Premierminister Campbell-Bannerman in dem Wahlkreis kein Kandidat gegenübersteht.

England.

— Nach einer amtlichen Meldung hat der Kaiser durch Uras vom 24. Dez. befohlen, die Einberufung der Duma zu befehlensigen, die im Zusammenhang mit den Einrichtungen, auf denen das Wahlrecht beruht, sehr umfangreiche Vorbereitungen erfordert. Aber die Bewilligung der nötigen Vorarbeiten erfordert viel Zeit, jedenfalls nicht weniger als fünfzig Tage, und die Abgeordneten können erst gegen Ende April in Petersburg zusammentreten, falls nicht durch Ausstände oder andere Unordnungen das normale Leben gestört wird.

— Die „Novoje Wremja“ gibt Neuhebungen des Ministerpräsidenten Witte wieder. Witte sprach die Überzeugung aus, daß die aus der Mandatskurei zurückkehrende Armee die Wiederherstellung der Ruhe im Innern be-

"In dem Werkprozesse wurden 700 Zentner Bader verbraucht hatte. Theobrom Bader 50 Gramm Bader gleich 500 Kubikl (1 Kilogramm) Bader zum (1 Zentner) Bader vor 700 Zentner Bader über und November des "Festes" verbracht hat, so 175 000 Liter Wein quantitäten wurden da zusammen produziert wenn der kleine Wanger, die nicht an den Mann

ralem Lager. Unter der "wendet sich ein Korrektur scharfen Ausführungen eines Teiles unseres Marinenschiffstellers. Es

ist, in einer Form, wie es sehr eingehenden Beleidigungen, Techniken und

Artikel sind von angeblich anstößigen können, selbst Schadenfreude im Aus-

schafft man ja mit diesen Särgen" nicht aus der ein schwieriges Thema.

Aus sicher wohl nicht der geringste die jüngste Marineverwaltung bemüht, mit kleinen De-

utschland hat sich in neuerer Zeitationen und hauptsächlichen japanischen Linienschiffe

ich für Deutschland die Linienschiffe von 18 000 Bruttotonnen veraltet, vor allem

Es ist wirklich ein von und neuesten Linienschiffen Material, als wollen. Was ist das

die Schiffe der deutschen König-Eduard-Klasse

väter die der Deutsch-Sachsen-Württembergische Ver-

in Vergleich nicht aus-

blatt solche ganz be-

die liberale Presse

dah gegen das Treiben in deutschen Gauen sich

mit 173 von 249 abge-

identen.

ebonischen Angelegen-

t worden. Es enthält

straum vom 26. März

Schriftstücke lassen die

die Türkei zur Durch-

zu verlassen und den

sich der Türkei und

einem Scheine vom

sagt der französische

onne sich die Zahl der

mit und Sprengstoffen

erklären, ohne zuzu-

Grenzen an Über-

die Ausschreitungen

als die den Moham-

leistung der Reformen

alle Constanze Deleat-

tion der Gendarmerie

gen, aber Deutschland

he fernzuhalten. Es

gewählt werden. Der

unterm 24. Februar

icht von einer Mobil-

häßlich trok des Re-

Dokumente sind Noten

ber die Attentate und

ber die Tätigkeit der

etrag mit Deutschland

von Deutschen und

land und betreffend

er angenommen.

die Unterhauswahlen

hat keine Kandidatur

dah dem Premier-

dem Wahlkreise kein

hat der Kaiser durch

zung der Duma zu

it den Einrichtungen,

umfangreiche Vor-

stigung der nötigen

als nicht weniger als

men erst gegen Ende

als nicht durch Aus-

normale Leben gestört

Neuerungen des

ette sprach die Ueber-

heit zurückschreende

he im Innern be-

deutend fördern werde. Demoralisiert seien nur die Truppen im Rücken der Armee (etwa 80 Prozent). Die Wanderscharen dagegen (70 Prozent) sei gut diszipliniert und zuverlässig.

Der regelmäßige Verkehr ist zurzeit auf fast allen Bahnen wieder hergestellt. Der Telegraphen- und Postverkehr ist fast im ganzen Lande wieder regelmäßig. Gegenwärtig kann man die Behauptung aufstellen, daß die außändische Bewegung der Revolutionäre in dem ganzen europäischen Teile des russischen Reiches als gescheitert und niedergeworfen angegeben werden kann. Ausgenommen davon sind die baltischen Provinzen, wo infolge der nationallettischen Bestrebungen die Revolution einen besonderen Charakter trägt. Diese Bewegung wird zweifellos bald niedergeworfen sein.

China.

Aus Shanghai wird von der zunehmenden Tätigkeit der antikolonialistischen Gesellschaft in Hupe berichtet, die dortigen Missionen hätten den englischen und den amerikanischen Konsul um Schutz gebeten.

Japan.

Aus Tokio wird gemeldet, Japan habe in Kure mit dem Bau eines Schlachtkessels von 20 000 Tonnen begonnen.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 12. Januar 1906.

Erste Kammer. In der heutigen Sitzung gelangte zur allgemeinen Vorberatung das Königl. Dekret Nr. 29, den Entwurf eines Gesetzes, Änderungen in der Zusammensetzung der Ersten Kammer betreffend. Der Präsident der Kammer Graf Blythum v. Gstädt hielt, nachdem er die Sitzung für eröffnet erklärt, folgende Ansprache, welche die Mitglieder des Hauses stehen anhörten: Meine Herren! Schon wieder klingt das Lied vom Lied durch unsere Reihen. Unser langjähriger, unvergänglicher Mitarbeiter Se. Exzellenz Staatsminister v. Rostitz-Wallwitz ist verschollen. Wenn der Verdächtige auch seit kurzem nicht mehr Mitglied dieses Hauses war, so durften wir ihn doch als einen der unseren betrachten. So können wir auch heute uns nicht versagen, an dieser Stätte trauernd seiner zugezenden. Wasser als Minister seinem Volke gewesen ist, die unvergängliche Verbiente, welche er sich um das Land erworben, das haben zahlreiche warmherzige Nachrufe geprägt, welche diesem außergewöhnlichen Manne gewidmet wurden. Was er unter seinem Haufe gewesen in den langen Jahren seiner Zugehörigkeit, das möchte ich zusammenfassen in den kurzen Worten: Er war unser Stolz, die Härde unseres Hauses. Und wie das Wort des Dichters gesungen: "Wenn der Leib in Staub zerfallen, lebt der große Name fort", so wird sein Name fortleben in unserem Hause. Sein Name ist eingegraben auf der Tafel der Geschichte unseres engeren Vaterlandes, eingegraben in die Herzen aller, die sich mit Stolz seine Mitarbeiter nannten. Der Bedeutung dieser um unser Verfassungsleben, um unser Vaterland so hochverdienten Persönlichkeit können wir nur durch die höchste parlamentarische Ehrung entsprechen, indem wir unsere heutige Sitzung abbrechen, um an der unmittelbar folgenden Trauerfeier in corpore teilzunehmen. Ihre Zustimmung vorausgesetzt, werde ich die Sitzung mit derselben Tagesordnung auf heute nachmittag 3 Uhr verschieben. — Die Sitzung wird sodann abgebrochen.

Aus Stadt und Land.

Dresden, den 12. Januar 1906.

Tageskalender für den 13. Januar. 1871. Beicht bei Bourneville. — * 1840 Michael Haller zu Neustadt, bedeutender Kirchenmaler der Gegenwart. — 1814. Eröffnung Büttenbergs durch General Tanzen. — 1802. * Eduard von Bauer zu Biesen, Lustspieler. — 1835. * Phil. J. Spener zu Nappoltz, Künstler, der Vater des Pietismus.

* Wetterprognose des Königl. Sach. meteorologischen Instituts zu Dresden für den 13. Januar. Sitzung: regelmäßig, in den höheren Lagen Schneefall. Temperatur: normal. Windrichtung: Nordwest. Lustspiel: mittel.

* Se. Majestät der König wohnte heute 1/2 Uhr der Einführungssieger des am 10. d. M. verstorbene Staatsminister a. D. v. Rostitz-Wallwitz, im Trauerhaus, Kaiser-Wilhelms-Platz, bei und legte einen Kranz am Sarge des Verstorbenen nieder, auch Ihre Majestät die Königin-Mutter ließ hierbei einen Kranz mit Schleife auf dem Sarge niederlegen.

* Unter dem Vorsitz Sr. Majestät des Königs und in Gegenwart Sr. Majestät des Prinzen Johann Georg und gefeiert eine Sitzung im Gesamtministerium statt.

* Der erste diesjährige Hofball am vergangenen Mittwoch vereinigte etwa 800 Gäste im königlichen Residenzschloß. Von Fürstlichkeiten nahmen neben Sr. Majestät dem König Ihre Königliche Hoheit die Prinzessin Mathilde und Sr. Hoheit der Herzog Karl von Württemberg-Stuttgart teil. Dem Ballfest ging von 1/2 Uhr ab eine Vorstellung von Damen und Herren bei Sr. Majestät dem König und Ihren Königlichen Hoheiten dem Prinzen Johann Georg und der Prinzessin Mathilde voraus. Sr. Königliche Hoheit der Prinz Johann Georg zog sich nach den Vorstellungen wieder zurück. Um 9 Uhr trat der Königliche Hof im geschlossenen Zuge in den Ballsaal ein, wo Sr. Majestät zunächst an der Spitze der Gesellschaft Circle hielt. Nach dieser Begrüßung begann der Tanz mit dem Strandschen Walzer "Morgenblätter". Um 11 Uhr fand das Souper statt, das im Emparade- und Bankettsaal, sowie in den Speisräumen an großen Tischen eingenommen wurde. Der Tanz, der auch während des Soupers fortgesetzt wurde, endete nachts 1 Uhr mit einem Rotillon. Der Königliche Hof zog sich kurz nach 1 Uhr zurück.

* Sachsischer Staatsminister Dr. v. Rostitz-Wallwitz †. Mittwoch abend 9 Uhr ist in Dresden der sächsische Staatsminister a. D. und Ehrenbürger von Dresden, Dr. Hermann v. Rostitz-Wallwitz im Alter von 80 Jahren gestorben. Die Einführung fand heute 1/2 Uhr mittags und die Beisetzung findet Sonnabend mittag in alter Stille in Görlitz statt. Rostitz-Wallwitz wurde 1826 in Oschatz geboren, besuchte die Fürstenschule zu Meißen

und studierte in Leipzig Jurisprudenz. 1851—1857 war er Landesbestallter der sächsischen Oberlausitz, 1857—1862 Amtshauptmann in Löbau, dann in Bautzen, 1862—1866 Kreisdirektor derselbst. 1866 wurde er Minister des Innern. Seit 1874 Mitglied des Reichstages, übernahm er nach v. Griesens Rücktritt bis 1882 auch die auswärtigen Angelegenheiten und trat als sächsisches Mitglied in den Bundesrat ein. Infolgedessen legte er sein Reichstagsmandat nieder. Am 1. Februar 1891 trat er unter Beibehaltung des Ministeriums des königlichen Hauses aus dem Staatsdienst. 1895 wurde Herr v. Seydelitz sein Nachfolger als Minister.

* Wegen Bekleidung des Landtags, beschloß die

Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer, gegen die sozialdemokratische Dresdner Volkszeitung die Anklage zu erheben.

* Die hiesige Strafkammer verurteilte den ehemaligen Schuhmann, jüngster Fabrikarbeiter Paau wegen Beteiligung an den Demonstrationen, wegen Bekleidung und Vergehen gegen die Verkehrsordnung, begangen am 3. Dezember auf dem Altmarkt, zu 3 Monaten Gefängnis und 1 Woche Haft. — Der Handarbeiter Karl Heinrich Riebel wurde wegen Beteiligung an den Straßenkundgebungen in der Nacht zum 17. Dezember zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis und 6 Wochen Haft verurteilt.

Mittweida. Seit 1. Januar 1906 ist hier eine Expositur errichtet. Der Staatsdienst findet am Sonntag vormittags 9 Uhr im Technikum, Hörsaal 15, statt.

* Leipzig, 11. Januar. Der Vorsteherin des hiesigen Vereins für Familien- und Volksbildung, Frau verm. Dr. Henriette Goldschmidt geb. Venas, wurde vom König die Karola-Medaille in Silber verliehen. — Amtshauptmann Heinke von der hiesigen Amtshauptmannschaft soll, wie verlautet, zum 1. März 1906 als Nachfolger des Geh. Regierungsrats Dr. Rumpelt in das Ministerium des Innern berufen werden. — In der gestrigen Stadtvorordneten-Sitzung wurden bei der Beratung des Staats "Strafen und Wege" aus der Mitte des Kollegiums laute Klagen gegen die beiden hiesigen Straßenbahngesellschaften erhoben, namentlich wurde der völlig unzureichende Wagenverkehr hervorgehoben. Der Ratsdezernent, Stadtrat Dr. Schanz, erkannte die gerügt Wangen unumwunden an und erklärte, daß die Straßenbahngesellschaften im Laufe des vergangenen Jahres ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen seien. Es sei viel von den Gesellschaften versprochen, aber nichts gehalten worden. Der Rat werde in Zukunft in ganz entschiedener Weise gegen die Straßenbahngesellschaften vorgehen. — Einen guten Fang machte heute früh die hiesige Kriminalpolizei, als sie auf dem Magdeburger Bahnhof einen von Halle eingetroffen Mann festnahm, der zwei Kartons Polzwaren mit sich führte, die in vergangener Nacht bei einem Kürschner in Halle gestohlen worden waren. Der Wert des gestohlenen Gutes beträgt etwa 4000 M. Der Verdächtige ist ein 19 Jahre alter Bader aus Pockersberg. Zwei Komplizen von ihm, die den Hauptteil des Diebesgutes im Werte von 3000 M. noch mit sich führten, sind entflohen.

Leipzig-Plagwitz. Folgende Amtshandlungen wurden im vergangenen Jahre beim Pfarramt registriert: 241 Taufen, 51 Aufzüge, 31 Trauungen, 122 Begegnisse, 2469 Kommunionen. Religionsunterricht wurde erteilt an 1041 Schüler und Schülerinnen, darunter sind 147 auswärtige. — Diese Zahlen sprechen deutlich, wie schreitend das Bedürfnis nach einem eigenen, geräumigen Gotteshaus geworden ist. Der Verein erweiterte nicht seinen Begriff, unter welchen Schwierigkeiten die Seelsorge hier ausgeliefert wird. Es sei nur erinnert an die Brüder der Schulkinder, die in einem Klassenzimmer abgelegt werden müssen, an die Erstkommunion, die in einer Turnhalle gefeiert wird, Taufende unserer Gemeindemitglieder können ihre sonntäglichen Pflichten nicht erfüllen aus Mangel an Platz in dem engen Raum, wo der Gottesdienst stattfindet. Man möchte einmal klar, was das heißen will, in einer Industriestadt wie Leipzig-West, wo alle Tage Zugang von auswärtigen Katholiken kommt, an denen obsolet der Unglaublichkeit mit gutem Erfolg, seine destruktive Arbeit beginnt.

Kamenz. Dienstag Nacht erhängte sich der Schuhmacher Kind.

Großschönau. Für die Kirche und geistliche Stelle in Großschönau bei Zittau haben zum frommen Andenken an den hochwürdigen Herrn Bischof Dr. theol. Gerog Wiedenfeld, anstatt einer Kränzchen geopfert: Herr Fabrikbesitzer Geheimrämer Baron von Lehrer in Zittau 1000 Mark, R. 5 Mark, Herr Kaufmann Angermann in Bautzen 20 Mark, Herr Oekonomiekommissar Dilger in Bautzen 50 Mark.

(Weiteres „Aus Stadt und Land“ in der Beilage.)

Vereinsnachrichten.

* Dresden-Löbtau. Am 10. Januar hielt der kath. Kirchenchor „Cäcilie“, Löbtau, in seinem Übungsort „Dreifaltigkeitskirche“ eine Weihnachtsfeier ab, wozu einer der schönsten Abende im ganzen Vereinsjahr. Wie eine große christliche Familie scharten sich die Mitglieder, Ehrenmitglieder und deren Angehörige um den heiligen Christbaum. Als das Lied „Groß ist der Herr“ verklungen war, sprach Fräulein Stark den Weihnachtspref. Herr Pfarrer Haselberger, Präses des Vereins, sprach mit warmen Worten an die Versammelten, ermahnte sie zur seligen Arbeit und betonte, daß wir nicht arbeiten um Ehre und Ansehen einzuherrschen, sondern nur zur Ehre Gottes und zum Ruhm gläubiger Christen. Die musikalische Darbietung durch Herrn und Frau Waller auf Klavier und Cello wirkte erheblich auf die Anwesenden, und ein Finaler „Fräulein Haselburg“ von Fräulein Stark und Rößing gespielt, brachte recht heitere Stimmung. Der Geschenkaustausch erzielte lauter zufriedene Gesichter, da durchweg nur wertvolle Gegenstände zur Auslösung kamen. Ein Ländchen machte der Peter gegen 2 Uhr ein Ende.

* Leipzig. Im Katholischen Gesellenverein wird am Montag, den 15. Januar, Herr Lehrer Anders einen Vortrag über „Reiseerinnerungen aus der Schweiz“, 1. Teil: „Die Jungfraubahn“ halten. — Am Sonntag, den 28. Januar, findet ein Winterfest in der „Thalia“ statt.

* Pirna. Vergangenen Sonntag, den 7. d. M., veranstaltete der hiesige katholische Bürgerverein im Hotel Kaiserhof sein diesjähriges Christbaumfest. Mit Beifriedigung durch überaus zahlreiche Beteiligung der Mitglieder nebst Gästen nahm der Abend einen anregenden und harmonischen Verlauf. Eingeleitet wurde derselbe durch eine vierhändig gespielte Ouvertüre, worauf warm geläufige Begrüßungsworte des Herrn Vorsitzenden folgten. Großer Eindruck bewirkte das alsdann auf der Bühne ercheinende Transpergemälde „Christi Geburt“. Obwohl schon wiederholt gesehen, erregt derselbe durch seine lebendige Darstellung stets ungeteilte Bewunderung. Das weitere Programm bestand aus mehreren gemischten Chören, sowie Sologejüngern, abwechselnd mit zwei Solotänzen, der Zeit angemessen Einsätzen. Ein Ländchen bildete, um auch der Jugend zu ihrem Rechte zu verhelfen, den Schluss des Ganzen.

* Hainich. Am St. Stephanstage versammelte sich der katholische Männerverein zur Christbaumfeier. Herr Vorstand Aufseher Rötschke begrüßte zunächst Herrn Senior Stala, welcher uns gelegentlich einer Ausfahrt aus Bautzen seinen lieben Besuch schenkte. Des weiteren wurde der Jungfrauenverein willkommen gehalten, welcher seit jeher zu uns in treuer Freundschaft stand, mit seiner bewährten Beihilfe bei Theatervorstellungen und ähnlichen Veranstaltungen niemals zurückstieß, und — möge es auch wieder einmal rühmend bemerkt werden — die erste Gaben zu unserem neuen Kirchenbau brachte. Bewegte Worte richtete der Vorstand an den neu gegründeten Junglingsverein. In seinem Schoße liegen die Keime für die Zukunft des Männervereins verborgen. Besonders sollen sich die jungen Leute vor den Gefahren des Alkoholgenusses hüten. Das Übermich desselben zerstört Körper und Geist, macht den Menschen unzuverlässig und raubt ihm die Achtung der anständigen Gesellschaft. Nach einer entsprechenden Ansprache des Ortsvorsitzers trat der launige Teil des Abends in seine Reihe ein, und haben sicher alle, welche hier auf ihre Rednung zu kommen gedachten, bei den muntern Gesängen, sowie bei der Gabenverlosung und Christbaumversteigerung sich gut unterhalten. Achtmal verließ auch die Sylvesterfeier des böhmischen Vereins „Svornost“ (Einigkeit) und die gelungene Weihnachtsfeier des Jungfrauenvereins am vorigen Sonntag. Die Darstellung war eine durchaus gediegene,

